

bauen, und die Schieber wollen verdienen. Ein Jammer, daß die Wohn- und Ankaufskamern diese Holzschieberereien nicht unterbinden konnten. Aber auch

Die Verteilung des Staates wachere mit.

Die Verteilungspreise in den Waldungen erreichen eine Höhe, die den Aufkaufpreisen entspricht. Wenn nun neuerdings der Staat billiges Holz für die Eichtungen freigegeben will, so bedarf es der schärfsten Kontrolle, damit nicht wieder ein Teil des Holzes seinem Zweck entzogen wird.

Ahnlich wie mit Steinen und Holz geht es auch mit den übrigen Stoffen, besonders mit den Metallen, die ganz von der Gewerbeindustrie abhängig sind. Die Erhöhung der Preise für Dachziegel kommt wieder von der Kostennot; bei Wappe fehlen die Rohstoffe. Das gleiche ist bei Linoleum der Fall, für das wir heute 220 M für das Kubikmeter bezahle müssen gegenüber 2 M bis 3 M im Frieden. Aber auch die Bauunternehmer wirken zum Teil an der Zerstörung mit, früher oder später zu ihrem eigenen Nachteil; denn bei Fortgang der jetzigen Verhältnisse muß das ganze Baugewerbe zugrunde gehen. Für die allgemeinen Lasten, als da sind die Gehälter für Beamte, die Versicherungen, Abnutzung der Maschinen und ähnliches wurden früher dem ermittelten Preise 33 % zugewiesen. Heute nimmt man beinahe überall den gleichen Prozentfuß, wenn nicht noch mehr, ohne Rücksicht auf die ungeheuer erhöhten Endsummen und ohne Rücksicht darauf, daß diese Lasten lange nicht im Verhältnis von 1 : 12 gestiegen sind. Die Fortsetzung der Friedensübung bedeutet also lediglich einen Zuschlag zum Reingewinn, der ebenfalls nach alter Übung mit 10 bis 15 % eingestrichelt wird. Dabei laufen die Unternehmer lange nicht mehr das frühere Risiko. Die Angebote sind heute immer freibietend, die Abmachungen so, daß eigentlich alle Verteuerungen vom Bauherrn selbst bezahlt werden müssen. Es wäre nur zu wünschen, daß die allgemeinen kaufmännischen Grundzüge, bei höheren Preisen und kleinerem Risiko einen kleineren Gewinnprozentfuß einzusetzen, auch im Baugewerbe lebend würden, wie dies in den technischen Gebührensordnungen schon längst der Fall ist. Die Umstellung der Preisfaktuation wird früher oder später freiwillig oder zwingenmaßen eintreten müssen.

Eine Reihe anderer preistreibender Ursachen: veraltete Baugesetze, Schwierigkeiten in der Genehmigung sind im letzten Jahre glücklicherweise ausgemerzt worden. Die baupolizeilichen Genehmigungen gehen heute (vor allem in Hamburg) mit unerwarteter Schnelligkeit. Viel, als gewöhnlich wurde zum Schaben der Siedlungsfrage geschäftig. Manches ist unüberwindlich verloren, und wenn wir noch Heimstätten sehen wollen, müssen wir uns wehren. Drei Forderungen sind es, die ich Ihnen vorzuschlagen will:

1. Alle Ziegeleien und Steinfabriken müssen schleunigst mit Kohlen versorgt werden;
2. die Wiederlegung von Fabriken, die zur Herstellung von Baustoffen dienen, und die Stilllegung solcher Betriebe verboten;
3. die Baustoffpreise sollen von der Herstellung bis zum Einbau nachgeprüft, unnötige Zwischengewinne eingezogen werden.

Nur so wird es möglich, einen Anhang in der Heimstättenfrage zu sehen. Und fragen Sie mich, wie lange der Bauehr noch dauern soll, so antworte ich Ihnen:

Solange wir es noch gefallen lassen!

Für die Sozialisierung der Baustoffbetriebe.

Von einem Sachmann wird uns geschrieben: Das Reichswirtschaftsministerium hat die Verwaltung von Zement und Kalk den Unternehmerverbänden in „Selbstverwaltung“ übertragen. Der deutsche Zement- und der deutsche Kalkbund fühlen sich sehr wohl dabei; so wohl, daß das Wort „Kalk“, Portlandzement und Wasserzement, 35 % Dividende, das Wort „Zement“ 16 % Dividende zahlen konnte, obgleich das Reichswirtschaftsministerium die Preisforderungen dieser Selbstverwaltungen sehr kräftig zurückzuführen pflegt. Nach der „Kamp-Woche“ zogen die Aktien der Oberlorenzischen Zementwerke recht kräftig an. Wunder? Aus dieser Gegend kommt viel „Auslandszement“, sogenannter „polnischer“ Zement, der mit über 100 % über Marktpreis gekauft wird. Trotzdem kämpfen diese Werke gegen die Zwangswirtschaft und drohen, polnisch zu stimmen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Die guten Geschäfte der Zement- und Kalkindustrie unter dem System der „Selbstverwaltung“ hat nun auch die Ziegeleindustrie beanlagt, sich zu einem Selbstverwaltungs-Körper, den „Ziegelverband der deutschen Ziegel- und Tonindustrie“ zusammenzuschließen. Dieser Verband trat an das Reichswirtschaftsministerium mit dem Anspruch heran, ihm die Ziegeleiwirtschaft in „Selbstverwaltung“ zu übertragen. In einer Sitzung am 14. April hat er dem Reichswirtschaftsministerium ein Ultimatum überreicht, das folgende Forderungen enthält:

1. Aufhebung der Zwangswirtschaft.
2. Regelung der Ziegeleiwirtschaft durch den Reichsverband.
3. Preisgestaltung

durch die Landes- und Bezirksverbände der Ziegeleiwirtschaft. 4. Kohlenverteilung beschließen. 5. Stärkere Lieferung der Werke mit Kohlen. 6. Aufhebung der Preisobergrenze. 7. Freies Verfügungsrecht der Ziegeleibesitzer über Zement, die (wegen Wagenmangel, Bahnsperrungen u. dgl.) vom Käufer nicht abtransportiert werden können. 8. Weggängigkeit der gemeinnützigen Einkaufsgesellschaften.

Man kann nur immer wieder staunen, mit welcher Brutalität der Kapitalismus auftritt. Zwar stellt es dem neuen Reichsverband der deutschen Ziegeleiwirtschaft noch an dem Gesicht und der Klugheit des Deutschen Zementbundes, der seine Forderungen harmlos formuliert und mehr erreicht hat; aber die Bauarbeiter und Konjunktur müssen dem Reichsverband dankbar sein, daß er seine Ziele so klar und nüchtern gestellt hat. Wie „unerfahren“ die fröhen Sitzung an den Mann brachte, geht daraus hervor, daß sie die jastige Kritik dieses Ultimatus durch

Zuverlässige Auskunft über die Bewegung der Häuserwerte könnte nur eine Statistik geben, die für möglichst viele Orte die Veränderungen in den Kaufpreisen der einzelnen Häuser feststellt. Leider fehlt es an einer solchen umfassenden Statistik. Einen kleinen Versuch habe ich schon in Berlin-Schöneberg unternommen. Die Erhebung erstreckte sich auf die 288 Häuser, die in der Zeit vom 1. Oktober 1918 bis zum 31. März 1920 freihändig verkauft worden sind. Der Gesamtpreis betrug 105 481 550 M. Einen guten Vergleichsmaßstab bietet der „gemeine Wert“ (Nach § 138 der Reichsbaugesetzordnung wird der gemeine Wert „durch den Preis bestimmt, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach der Beschaffenheit des Gegenstandes unter Berücksichtigung aller den Preis beeinflussenden Umstände bei einer Veräußerung zu erzielen wäre; ungewöhnliche oder lediglich persönliche Verhältnisse sind nicht zu berücksichtigen“). Der gemeine Wert der 288 Häuser betrug nun 97 070 000 M. Der Verkaufspreis war also insgesamt um 8 411 550 M., das heißt um 8,7 % höher. Ebenso hoch wie der gemeine Wert war er in 21 Fällen, höher in 186 Fällen, niedriger in 81 Fällen. Danach sollte man annehmen, daß gegenwärtig Häuser in Berlin-Schöneberg recht häufig unter ihrem Werte verkauft werden, und daß die Preissteigerung im ganzen nur gering sei. Eine solche Annahme wäre aber irrig. Das zeigt sich sofort, wenn man die anderthalb Jahre vom Herbst 1918 bis zum Frühjahr 1920 in kleinere Zeitabschnitte zerlegt:

Vom 1. Oktober 1918 bis zum 30. September 1919 wurden insgesamt 123 Häuser verkauft. Der Preis war in 15 Fällen gleich dem gemeinen Wert, in 54 Fällen höher, in 54 Fällen niedriger. Der Gesamtpreis der 123 Häuser betrug 35 578 650 M., ihr gemeiner Wert 36 882 500 M. Der Verkaufspreis war also im ganzen um 1,4 % geringer als der gemeine Wert. In dieser Zeit lieferten sich Gewinne und Verluste beim Häuserverkauf etwa die Waage.

Vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1919 wurden nicht weniger als 71 Häuser verkauft. Der Preis war in 4 Fällen gleich dem gemeinen Wert, in 53 Fällen höher, in 14 Fällen niedriger. Der Gesamtpreis der 71 Häuser betrug 27 829 200 M., ihr gemeiner Wert 25 587 000 M. Der Verkaufspreis war also im ganzen um 8,8 % höher als der gemeine Wert. In dieser Zeit überwiegen mithin die Gewinne schon merklich die Verluste.

Vom 1. Januar bis zum 31. März 1920 wurden sogar 94 Häuser verkauft. Der Preis war in 2 Fällen gleich dem gemeinen Wert, in 70 Fällen höher und nur in 13 Fällen niedriger. Der Gesamtpreis der 94 Häuser betrug 41 778 700 M., ihr gemeiner Wert 35 100 500 M. Der Verkaufspreis war also im ganzen um 19 % höher als der gemeine Wert. Nunmehr überwiegen die Gewinne ganz gewaltig die Verluste.

Das erste Jahr nach dem militärischen Zusammenbruch war eine Zeit mäßiger Preise auf dem Schöneberger Häusermarkt. Der Umschlag erfolgte dann im Herbst 1919 mit dem Sturz der deutschen Markta. Nunmehr häuften sich die Fälle, in denen Verkäufer, die weniger auf eine hohe Verzinsung ihres Vermögens als auf seine Anlage in realen Werten bedacht waren, Häuser kauften. Vor allem aber tauchten jetzt Käufer auf, die bei dem niedrigen Stand der deutschen Mark wegen des Preises nicht zu feilschen brauchten. Während in dem ganzen Jahre vom 1. Oktober 1918 bis zum 30. September 1919 kein einziger Häuserkauf durch Ausländer festgestellt werden konnte, waren es in dem halben Jahre vom 1. Oktober 1919 bis zum 31. März 1920 nicht weniger als 58, und zwar im Oktober 1, im November 6, im Dezember 12, im Januar 11, im Februar 18, im März 10. (Nächstgrößte Meldungen werden die letztgenannte Zahl jedenfalls noch erhöhen.) Von den 58 Käufen durch Ausländer entfielen 13 auf Schweden, 12 auf Holland, 7 auf Norwegen, 4 auf die Schweiz, je 3 auf Belgien, Polen und Ungarn, je 2 auf Dänemark und Estland, je 1 auf England, Finnland, Italien, Australien, Spanien, Tschechien, die Ukraine, Serbien und China. Bei den Ausländern macht sich nun die Vereinfachung, immer höhere Preise zu zahlen, noch stärker geltend als bei den Inländern. Der Gesamtpreis der von Ausländern im vierten Vierteljahr 1919 gekauften Häuser betrug 8 625 000 M. und überstiegt den gemeinen Wert von 7 390 000 M. um 1 295 000 M., also um 17,7 %. Der Gesamtwert der von Ausländern im ersten Vierteljahr 1920 gekauften Häuser betrug 20 065 000 M. und überstiegt den gemeinen Wert von 16 021 500 M. um 3 773 500 M., also um 23,5 %. In 56 von den insgesamt 58 Fällen war der Verkaufspreis höher als der gemeine Wert, in 2 Fällen überstiegt er ihn um mehr als 50 %.

Die weitere Entwicklung des Häusermarktes und insbesondere der Lieberfremdung städtischen Grundbesitzes verdient aufmerktsame Beobachtung, und es ist zu wünschen, daß auch andere Gemeinden ähnliche Untersuchungen vornehmen.

Das unermüdlche ideale Ringen.

Der Idealismus, aus dem die oberen Klassen sich eine ureigene Tugend gemacht haben, ist wahrlich eine Tugend des Volkes. Sie umfaßt den Glauben, das Opfer, die Hingabe, den immer bereiten Heroismus. Sie ist das Zeichen der hohen Menschlichkeit, die das materielle Genießen nicht ersticken konnte und die das tiefe Gefühl der Solidarität befehl, in der sich das innerste Wesen des sozialen Lebens offenbart. Erkennen wir an, daß das unermüdlche Ringen der niedrigen Geschöpfe im Laufe der Zeit die moralische Welt gebildet hat. Das Heer der winzigen Urewesen erbaute die ungeheuren Massen der Festländer, ehe der Mensch darauf erschien. Die Gesellschaft, die morgen sein wird, ist vorgeformt in der Seele des Volkes. Die Führer, die Denker, die Baumeister gaben nur die besondere Form dem, was schon in ihr ist. Camille Lemmonier.

einen Vertreter der Konsumenten (Stadtbauplatz Dr. J. A. Wagner) mit einem Sturm der Entrüstung beantwortet zu müssen glauben, der einige Herren zu der Meinung veranlaßt, den Saal zu verlassen. Daß die Forderungen des Reichsverbandes, denen sich auch die Bauhofführer und Bauunternehmer angeschlossen, von den Konsumenten in vollem Umfange abgelehnt werden müssen, bedarf keiner weiteren Begründung.

Wie soll sich aber die Bauarbeiter-schaft zu diesen Forderungen stellen? Ihr Vertreter (Silberföhrndt) hat in der Sitzung keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Bauarbeiter die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten haben und darum das Ultimatum ablehnen müssen. Die deutschen Bauarbeiter haben kein Interesse an steigenden Baustoffpreisen; sie wissen, daß sie Arbeitslosigkeit bedroht, wenn das Bauen eingestellt werden muß, weil niemand mehr die Preise bezahlen kann.

Die Einstellung der Bauwirtschaft steht ohnehin vor der Tür. Die Reichszuschüsse sind erschöpft; die neuen Zuschüsse des Reiches sind so gering, daß mit diesen niemand bauen kann. Darum sollen die Gemeinden den überwiegenden Teil der Zuschüsse durch eine Mißsteuer aufbringen. Sollen nun mit dieser Steuer des kleinen Mannes (90 % aller Wohnungen sind Klein- und Mittelwohnungen) die überwerteten Baustoffe bezahlt werden? Nach wessen Willen wird, welche Erträge die Mißsteuer bringen wird. An diesen Erträgen aber hängt das Schicksal des kommenden Bauwirtschafts. Das sollte die Bauarbeiter-schaft beachten. Sie sollten daher rechtzeitig mit Entschlossenheit dagegen protestieren, daß die Baustoffpreise weiter in die Höhe geschraubt werden. Die deutschen Bauarbeiter sollten an einem Tage in Massenversammlungen den Bauhofführer greifen und dem Reichswirtschaftsministerium ihren Stempel in dieser Frage klar machen. Die Parole zu diesen Versammlungen muß lauten: Sozialisierung der Baustoffbetriebe!

Sind die Häuserwerte gestiegen?

Von Dr. R. Kuczynski, Berlin-Schöneberg. Wirft man diese Frage auf, so entspringt sich in der Regel etwa folgende Unterhaltung: „Selbstverständlich ist der Wert der Häuser gestiegen; ein neues Haus kostet doch heute zehnmal soviel als vor dem Kriege.“ — „Ja, ein neues Haus, aber die alten Häuser sind doch seit 5 Jahren nicht repariert worden, die sind doch weniger wert als vor dem Kriege?“ — „Nein, auch die sind mehr wert als früher, denn die Werten sind doch so gestiegen.“ — „Ja, aber die Spesen des Bauwerts, die Reparaturkosten, die Kosten.“ — Und dann berichtet jeder von Einzelfällen, ohne doch zu wissen, ob es sich bei ihm die Regel oder um Ausnahmen handelt.

Ein Buch über den Kommunismus.

II. Mehrwert und Kapital.

Interessant ist die Stellung, die Palsi zu den Kapitalen Mehrwert und Kapital sowie zur Sozialisierung im allgemeinen einnimmt, und in dieser Hinsicht könnten nicht nur die meisten deutschen Kommunisten, sondern auch viele Unabhängige und Mehrwertsozialisten von ihm lernen.

Der Kommunismus stützt die Ordnung der Produktion um; infolge der plötzlichen Vervielfachung starker Produktion, Verlehrs und Kredit, und es tritt eine allgemeine Verzerrung ein.

Palsi gibt die Berechtigung dieses Einwand zu, bestritt aber, daß die Kommunisten den Umsturz in der Weise wollen, wie er ihnen in dem genannten Einwand unterstellt wird.

Überzeugende Denker des Kommunismus wissen dies (daß es so ist, wie in dem Einwand gesagt wird) und behaupten in keinem einzigen ihrer revolutionären Werke, die Weltordnung sei auf den Kopf zu stellen.

Palsi ist weit davon entfernt, alles nach einem Schema sozialisieren und das Kapital mit einem Schlag auszuhebeln zu wollen.

Es wird (nach Übernahme der kommunistischen Herrschaft) Betriebe geben, die man vollständig in staatliche Verwaltung übernehmen muß, auch solche, die in kommunale Produktion zu übernehmen sind.

In welcher Verwaltung die Betriebe gegeben werden, hängt rein davon ab, welches die ökonomische Kräfte sind, die zu verwalten die besten und wirtschaftlich besten Resultate erzielt werden kann.

Mit aller Schärfe wendet sich schließlich Palsi gegen die oberflächliche Meinung, als ob der Sozialismus oder Kommunismus das Kapital oder den Mehrwert beseitigen könne oder wolle.

Auch im Falle des Kommunismus müssen die Menschen zur Kapital-Produktion angezogen werden. Die Notwendigkeit dieses äußeren Antriebes läßt nur dann auf, wenn die Menschen im allgemeinen wollend tätig sein werden.

Der Verfasser privater Kapitals - und er glaubt, daß in der kommunistischen Gesellschaft jeder Arbeiter eigenes Kapital besitzen kann - mit Hilfe dieses Kapitals andere Arbeiter soll ausbeuten können; aber den Bezug eines Zinses bei Erwerbung von Aktien staatlicher, kommunaler oder genossenschaftlicher Verträge sieht er nicht als Ausbeutung, sondern als durchaus gerechtfertigte Belohnung an.

Der erste Mai.

Zum zweiten Male können wir das Fest der Arbeit feiern als Gedenktag des Sieges über Reaktion und Finsternis. Zum zweiten Male können die Scharen der Arbeiter unbefehligt von Bütteln hinausziehen mit Weib und Kind, um diesen Tag ganz der Freude zu widmen.

Der erste Mai war früher vielmehr ein Kampftag als ein Festtag. Wir kämpfen vor allem um die achtstündige Arbeitszeit. Jetzt ist sie da und wir freuen uns dessen.

Die dreimal acht, sie haben wir erobert; jedoch geht unser Streben weiter. Nicht dabei soll es sein Bewenden haben, daß wir zwei Stunden mehr uns selbst und unsern Frauen und Kindern widmen.

Die dreimal acht, sie haben wir erobert; jedoch geht unser Streben weiter. Nicht dabei soll es sein Bewenden haben, daß wir zwei Stunden mehr uns selbst und unsern Frauen und Kindern widmen.

für die Erparnis von Kapital zum Nutzen der Allgemeinheit an. Für diesen Zweck will er einen Teil des erwirtschafteten Mehrwertes verwenden.

Der wirkliche Mehrwert ist nicht abzuschaffen, im Gegenteil: gerade ihm zuliebe lohnt es, im allgemeinen zu wirtschaften und speziell in der Gesellschaft.

Der Fehler liegt nicht darin, daß es einen Mehrwert gibt. Die Entziehung des Mehrwertes ist kein Unheil, sondern ein Glück und von allgemeinem Nutzen.

Man glaubt Palsi allerdings, daß neben dem wirklichen Mehrwert auch noch ein Pseudo Mehrwert existiere, und den möchte er abschaffen.

Der Zweck aller Produktionshandlung ist, wirtschaftlichen Mehrwert zu schaffen, sonst hätte ja die Produktion keinen Sinn.

Die Schlußfolgerungen aus den zitierten Neuierungen Palsis sind kurz folgende:

- 1. Der Sozialismus läßt sich nicht mit einem Schläge durchzuführen; seine stufenweise Entwicklung ist notwendig.
2. Die einzelnen kapitalistischen Betriebe sind nicht nach einem Schema zu sozialisieren, sondern es wird selbst in der kommunistischen Gesellschaft Privatbetriebe neben staatlichen, kommunalen und genossenschaftlichen Betrieben geben.

3. Kapital und Mehrwert sind auch in der sozialistischen, ja sogar in der kommunistischen Gesellschaft unentbehrlich. Abgeschafft werden kann nur die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Demokratie oder Diktatur?

Die Gesellschaft ist eines der Mittel zum Fortkommen der Menschen, aber nicht in jedem Maße gemäß dem Interesse des einzelnen, sondern im allgemeinen dem Gesamtinteresse sämtlicher Mitglieder der Gesellschaft.

So begründet Palsi in seiner Abhandlung über das Mehrwertsystem des Kommunismus die Notwendigkeit der Demokratie. Trotzdem fordert er in den letzten Kapiteln seiner Schrift die Diktatur des Proletariats.

Er bemüht sich aber, ein System zu finden, das die Vorsehung möglichst in der Hand des ganzen Volkes läßt. Dies hofft er zu erreichen durch die Wahl lokaler Ausschüsse, aus denen das zentrale Parlament hervorgehen soll.

Das kommunistische System, wie es Palsi erstrebt, unterscheidet sich in manchen Punkten wesentlich von dem System der Moskauer bolschewistischen Kommunisten, die im vorigen Jahre auch Ungarn, die Heimat Palsis, mit ihrem System beglückt und als Folge davon die schmerzhafteste Reaktion über das Land und seine Arbeiterklasse heraufbeschworen haben.

Das unterstehende Merkmal der marxistischen Lehre, sagt Bernstein, gegenüber den Lehren seiner Vorgänger ist die starre Betonung und systematische Anwendung des Entwidlungsgebahrens in Bezug auf die Theorie der sozialen Umwälzungen.

Das unterstehende Merkmal der marxistischen Lehre, sagt Bernstein, gegenüber den Lehren seiner Vorgänger ist die starre Betonung und systematische Anwendung des Entwidlungsgebahrens in Bezug auf die Theorie der sozialen Umwälzungen.

Der Erfolg haben soll, einer neuen Gesellschaft Leben und Lebenskraft zu geben. Diese Bedingungen stellen sich aber als naturnotwendige Folge der Gesetze der Produktionsentwicklung ein, gegen die alles Anstrengen der Partei der alten Gesellschaft auf die Dauer ohnmächtig ist.

Unterchiede angebeut, der zwischen der marxistischen und den bolschewistisch-kommunistischen Experimenten besteht. Die Bolschewisten wollen den Sozialismus beziehungsweise Kommunismus mit Gewalt einführen. Sie wollen in den Sozialismus hineinpringen, und verzeihen, daß zum Gelingen ihrer Experimente die ökonomischen sowie die physiologischen Voraussetzungen fehlen.

Triumph der Seidnif.

Im Jahre 1920 haben Menschen sich auf viele tausend Kilometer durch die Luft durch Seidnen verhängen. Hierfür können nicht verhindern, daß Menschen zu Tausenden aus Mangel an Nahrung sterben, obwohl sie nicht nur kurze Wegstrecken von den Nahrungsmitteln entfernt sind.

Ergebnis der Delegiertenwahlen zum Verbandstage.

Bezirk Königsberg.

- 1. Wahlkreis. Paul Kraus... 2. Wahlkreis. August Hudrat... 3. Wahlkreis. Emil Ding... 4. Wahlkreis. Franz Schönbeck... 5. Wahlkreis. August Schlicht... 6. Wahlkreis. Otto Seifert... 7. Wahlkreis. Carl Päh... 8. Wahlkreis. Artur Brill...

Bezirk Stettin.

- 1. Wahlkreis. Reinhold Schröder... 2. Wahlkreis. Wilhelm Studt... 3. Wahlkreis. Carl Bahl... 4. Wahlkreis. Julius Kluth... 5. Wahlkreis. Erich Bahr... 6. Wahlkreis. Willi Hoffmann...

Bezirk Breslau.

- 1. Wahlkreis. Richard Rosenber... 2. Wahlkreis. Hermann Berner... 3. Wahlkreis. Reinhold Krause... 4. Wahlkreis. Max Höber... 5. Wahlkreis. Frh Scholz... 6. Wahlkreis. Josef Benedikt... 7. Wahlkreis. Paul Doffler... 8. Wahlkreis. August Jänichle... 9. Wahlkreis. Paul Schmisch... 10. Wahlkreis. Alois Kern...

Bezirk Berlin.

- 1. Wahlkreis. Paul Kaiser... 2. Wahlkreis. Wilhelm Schulz... 3. Wahlkreis. Leopold Ringel... 4. Wahlkreis. Gustav Dorn... 5. Wahlkreis. Wilhelm Schulz... 6. Wahlkreis. Hermann Rikofaisti... 7. Wahlkreis. Paul Plath... 8. Wahlkreis. Friedrich Wietland... 9. Wahlkreis. Hermann Borsdorf... 10. Wahlkreis. Karl Steffen... 11. Wahlkreis. Rudolf Keller... 12. Wahlkreis. Rudolf Keller...

Bezirk Magdeburg.

- 1. Wahlkreis. Benesch... 2. Wahlkreis. Steinemann... 3. Wahlkreis. Ruffner... 4. Wahlkreis. Klapp... 5. Wahlkreis. Wille... 6. Wahlkreis. Wille...

- 6. Wahlkreis. Winkemüller... 7. Wahlkreis. Götlich... 8. Wahlkreis. Storchmann... 9. Wahlkreis. Ringner... 10. Wahlkreis. Ritschke...

Bezirk Erfurt.

- 1. Wahlkreis. Eugen Strunz... 2. Wahlkreis. Albert Reube... 3. Wahlkreis. Hugo Ender... 4. Wahlkreis. Frh Müller... 5. Wahlkreis. Franz Kessler...

Bezirk Frankfurt a. M.

- 1. Wahlkreis. Conrad Pohl... 2. Wahlkreis. Emil Wiebach... 3. Wahlkreis. Christian Lohr... 4. Wahlkreis. Wilhelm D. Schumeyer... 5. Wahlkreis. Richard Müller... 6. Wahlkreis. Albert Mann... 7. Wahlkreis. Moris Seinerl... 8. Wahlkreis. Franz Gruber... 9. Wahlkreis. Karl Hartmann...

Bezirk Göttingen.

Das Wahlergebnis liegt noch aus.

Bezirk Dortmund.

- 1. Wahlkreis. Otto Bergmann... 2. Wahlkreis. Johann Brokmann... 3. Wahlkreis. August Dreffen... 4. Wahlkreis. Peter Rötgen... 5. Wahlkreis. Karl Jantsch... 6. Wahlkreis. Heinrich Behrend... 7. Wahlkreis. Peter Schiller... 8. Wahlkreis. Adam Wagner... 9. Wahlkreis. Peter Schiller... 10. Wahlkreis. Otto Bessel...

Bezirk Hannover.

- 1. Wahlkreis. Otto Bessel... 2. Wahlkreis. Peter Schiller... 3. Wahlkreis. Wilhelm Schreiber... 4. Wahlkreis. Frh Althoff... 5. Wahlkreis. Karl Voigt... 6. Wahlkreis. Frh Klöpping... 7. Wahlkreis. Frh Schmier... 8. Wahlkreis. Fr. Sahn... 9. Wahlkreis. Albert Göhe... 10. Wahlkreis. Bruno Sauer...

Bezirk Bremen.

- 1. Wahlkreis. Albert Göhe... 2. Wahlkreis. Bruno Sauer... 3. Wahlkreis. Frh Blum... 4. Wahlkreis. Basse... 5. Wahlkreis. Eduard Hat... 6. Wahlkreis. Wilhelm Sauthoff... 7. Wahlkreis. Holz... 8. Wahlkreis. S. Heimerl... 9. Wahlkreis. S. Heimerl... 10. Wahlkreis. S. Heimerl...

- 6. Wahlkreis. Wilhelm Sauthoff... 7. Wahlkreis. Holz... 8. Wahlkreis. S. Heimerl... 9. Wahlkreis. S. Heimerl... 10. Wahlkreis. S. Heimerl...

Bezirk Hamburg.

- 1. Wahlkreis. W. Stallbaum... 2. Wahlkreis. W. Pflau... 3. Wahlkreis. S. Heimerl... 4. Wahlkreis. Joh. Engelmann... 5. Wahlkreis. J. Becker... 6. Wahlkreis. M. Frank... 7. Wahlkreis. Joh. Rodt... 8. Wahlkreis. Carl Garber... 9. Wahlkreis. S. Heimerl... 10. Wahlkreis. S. Heimerl...

Bezirk Ostfriesland.

- 1. Wahlkreis. Carl Garber... 2. Wahlkreis. S. Heimerl... 3. Wahlkreis. S. Heimerl... 4. Wahlkreis. S. Heimerl... 5. Wahlkreis. S. Heimerl... 6. Wahlkreis. S. Heimerl... 7. Wahlkreis. S. Heimerl... 8. Wahlkreis. S. Heimerl... 9. Wahlkreis. S. Heimerl... 10. Wahlkreis. S. Heimerl...

Bezirk Dresden.

- 1. Wahlkreis. Franz Barth... 2. Wahlkreis. Paul Räder... 3. Wahlkreis. Paul Behner... 4. Wahlkreis. Oskar Nothe... 5. Wahlkreis. Wilhelm Schneid... 6. Wahlkreis. Kurt Feyne... 7. Wahlkreis. Kurt Feyne... 8. Wahlkreis. Kurt Feyne... 9. Wahlkreis. Kurt Feyne... 10. Wahlkreis. Kurt Feyne...

Bezirk Leipzig.

- 1. Wahlkreis. Hermann Bielig... 2. Wahlkreis. Kurt Feyne... 3. Wahlkreis. Kurt Feyne... 4. Wahlkreis. Kurt Feyne... 5. Wahlkreis. Kurt Feyne... 6. Wahlkreis. Kurt Feyne... 7. Wahlkreis. Kurt Feyne... 8. Wahlkreis. Kurt Feyne... 9. Wahlkreis. Kurt Feyne... 10. Wahlkreis. Kurt Feyne...

Bezirk Nürnberg.

- 1. Wahlkreis. Johann Vefer... 2. Wahlkreis. Ulrich Gintner... 3. Wahlkreis. Carl Dieb... 4. Wahlkreis. Karl Hühner... 5. Wahlkreis. Johann Biegler... 6. Wahlkreis. Ludwig Biegler... 7. Wahlkreis. Wilhelm Kersch... 8. Wahlkreis. Ludwig Faulhaber... 9. Wahlkreis. Ludwig Faulhaber... 10. Wahlkreis. Ludwig Faulhaber...

Bezirk München.

- 1. Wahlkreis. Eduard Dohler... 2. Wahlkreis. Eduard Dohler... 3. Wahlkreis. Eduard Dohler... 4. Wahlkreis. Eduard Dohler... 5. Wahlkreis. Eduard Dohler... 6. Wahlkreis. Eduard Dohler... 7. Wahlkreis. Eduard Dohler... 8. Wahlkreis. Eduard Dohler... 9. Wahlkreis. Eduard Dohler... 10. Wahlkreis. Eduard Dohler...

Heizbare und unheizbare Kachelöfen.

Von Max Conradi.

Wohnungsnot und Kachelnot erhalten uns in Unruhe und Aufregung. Die Zentralheizung wird für die Hauswirte unerschwinglich, und so wächst die Sehnsucht nach dem Kachelofen. In Berlin ist er in Verruch gekommen; denn im Kaufswinkel ist Affordbarkeit die Hauptsache. Aber obgleich man vielfach bereit ist, sie wieder einzuführen, in der Bautechnik will sie mir nicht besagen. Hat mag das Thema Kachelarbeit oder Affordbarkeit nicht in den Gedanken der Arbeiter für Kaufswinkel hineinkommen, aber ganz unbedeutend kann es nicht bleiben. In der Bautechnik handelt es sich um Grobarbeit, da muß mit Mühe und Aufmerksamkeit auf das Große fortgeschritten werden. In der Kacheltechnik, im Kleinereignis u. a., wo nach tausend Stück gerechnet wird, ist die Affordbarkeit viel eher zu erschaffen.

Was macht der Ofenbauer als Affordarbeiter? Er will mit seinem Kachelofen so schnell wie möglich fertig werden, er schüßert einen unheizbaren Ofen zusammen. Das heißt, er umbaut einen vierseitigen Ofen, er unterläßt es aber, nach solchem Handwerksbrauch Züge in jede Seite einzufügen, er unterläßt es, die Kacheln gut zu verpacken, um seinen Affordpreis herauszulassen. So steht der unheizbare Kachelofen in kürzester Zeit fertig da, als ein unbaueter Ofen, durch den das Heizmaterial vergeblich hindurchgeht. Was ist der Berliner Kachelofen im Kaufswinkel? Wieviel Brennmaterial seit Jahrzehnten durch diese Schandöfen verloren ging, läßt sich nicht beschreiben. Die Baupolizei hat sich in der Königs- und Kaiserzeit niemals um die nächstliegenden gesundheitsgefährlichen Bauarbeiten gekümmert. Unter diesen Umständen ist der Kachelofen in Berlin verpönt. Anständige, lässliche Kachelöfen sind verpönt worden, um den unheimlichen Kachelöfen zu verwehren. Eiserne Öfen hat man eingeführt, dadurch entstand der bekannte Hamburger Ofen, ein Heizmaterialreserver erster Güte, der den ganzen Ofen gefeuert werden muß. Dann kam das Meer der eisernen Öfen, die Dauerbrandöfen. Für große Wohnungen wählte man gewaltige Gesteinskachelöfen; das waren architektonisch und kunstgewerblich durchgearbeitete Bieröfen, die aber wegen des breiten, den Unterraum abschließenden Gesteins der Raucher hatten, daß man sich am Kachelofen selbst nicht mehr behaglich wärmen konnte.

Die Affordarbeit veränderte besonders in Berlin den kalten Kachelofen vollständig und verneinte das Bedürfnis nach der Zentralheizung. Diese ist bei der fortwährenden Kachelnot für die Mieter eine Qual geworden, denn viele Häuser sind jetzt ganz ohne Heizung. Dadurch ist, wie gesagt, die Sehnsucht nach dem alten Kachelofen erheblich gestiegen. Aber freilich, man wünscht dringend den alten, heizbaren Kachelofen, der sorgsam gefüttert, in Tagelohn geheizt wurde.

Sachen, dieses Industriejunct. bietet die schönsten, solide gebauten Kachelöfen mit farbigen Kacheln. Ich weiß nicht inwieweit die heutigen trostlosen Fabrikationsverhältnisse die Herstellung der prächtigen Öfen wieder gestatten, das kann aber nicht hindern, auf die vortrefflichen Vorbilder aufmerksam zu machen. Auch das ungehörige Kleinereignis, die kunstlos schließenden Türen, sind im Gegenstoß zu Berlin sorgfältig gearbeitet. Es soll damit nicht gesagt sein, in Berlin wäre nicht auch gute Ware zu haben, aber der Unterschied zwischen Berliner und Leipziger Bauten zum Beispiel bestand in Friedenszeiten eben darin: In Leipzig konnte man sicher sein, für einen vereinbarten Preis wirklich solche Ware zu bekommen, in Berlin dagegen war man stets in der Gefahr, wenn man nicht sehr aufpassen, für teures Geld auf das allergeringste zu kommen. Bei allen Dingen will heute jedermann für seine Heizbedürfnisse unabhängig sein vom Hauswirt und noch viel mehr von den Bauern der Verwalter und Hauswirter. Wir wollen lieber Kosten schleppen, als diese Zentralheizung in Privatwohnungen ertragen. Am schlimmsten haben unter den unheizbaren Kachelöfen immer die Arbeiter und die unteren Beamten in ihren Zwei- und Dreizimmerwohnungen gelitten. Es kommt deshalb darauf an, gegen alle die erbärmlichen Konstruktionen, die den Kachelofen unbrauchbar machen, mit Energie zu kämpfen. Zu warnen ist nebenbei auch vor dem fünfseitigen Ofen, der in Wahrheit als Dreiseitenofen zur Raumheizung dienen soll, aber wegen seiner ungünstigen Form eine erhebliche Heizmaterialverschwendung verursacht durch die kurzen Wege, auf denen die Brennstoffe zum Schornstein hinausschießen. Grundfähig sollte jeder Kachelofen, um seine Heizbarkeit zu gewährleisten, vierseitig, das heißt rechteckig, gestaltet sein. Verwendbar sind alle Bieröfen, die nicht mitwärmen, wie Handheizten, Redaktions- und breite Gesteine. Diese Kunststücke beeinträchtigen die Kachelheizfläche und verteuern nutzlos den Ofen, der durch glatte Kacheln in völlig ausreichender Weise als Zimmerofen ausgeglichen ist. Alles kommt darauf an, den Weg der Heizgase durch Züge zu verlängern, damit an die Kacheln möglichst viel Wärme abgegeben wird.

Die Frage, ob der Kachelofen mit oder ohne Ofen zu konstruieren sei, hat noch keine endgültige Antwort gefunden. Der Ofen hat den Vorteil, die Verheizung oder Brennstoffe zu erleichtern, zugleich aber den Nachteil, daß der Brennstoff zum Teil ungenutzt in den Abgasen fällt, während im Kachelofen ohne Ofen die glühende Asche in Feuerzäpfen zusammengehalten, den Ofen sehr viel länger unter der Wirkung der luftdicht schließenden Tür warm erhält. Die Firma S. Reinide & Widau in Braunshweig stellte auf der Frühjahrsmesse in Leipzig einen Kachelofen aus, der zwar schon Jahrzehnte fabriziert

wird, aber durch die Eigenart seiner Ausführung noch wenig bekannt zu sein scheint, insbesondere Beachtung verdient. Der Ofen wird nicht aus einzelnen Kacheln aufgesetzt, sondern in ganzen Schichten zusammengeklammert. Der Ofen wird aus drei großen Teilen: Unterbau, Mittelbau und Oberplatte fertig angefertigt. Es fällt also die ganze Lehnarbeit weg, so daß man zum Beispiel in einer Wohnung, in der die Zentralheizung wegen Streit mit dem Hauswirt verjagt, wenn ein Heizkörper in einem Zimmer vorhanden ist, sofort den Braunschweiger Kachelofen gleichsam als Möbelstück ohne jegliche Schornsteinarbeiten lassen kann. Die Firma ist in der Fabrikation aufs äußerste beschränkt, kann angefertigt nur mit halber Kraft arbeiten und bedarf seiner Werkstoffe. Alle Teile des Ofens werden durch Klammern, Bolzen und Schrauben zusammengehalten, so daß er selbst größere Bahntransporte, Beförderung durch Güterzüge u. v. ohne Entschädigung übersteht. Hierbei umständlichen Kachelofenkonstruktionen begegnet man in den Lehbüchern der Bautechnik, aber selten findet man die einfachsten, nächstliegenden Bedingungen einer zweckdienlichen Ausnutzung des Heizmaterials erfüllt. Zu diesen nachteiligen Anforderungen rechnen ich die technisch viel zu wenig beachtete Anfertigung des Kachelofens auf Gabel-Weiten in der Weise, daß die Feuerlöcher auf den Seiten der Ofen erwärmt und zu einem Streifenzug zwingt. In Gewerbetrieben sieht man für diesen und manchen andern Gebanken der Wärmeausnutzung Musterbeispiele; die moderne Technik kümmert sich viel zu wenig um diese Dinge, dabei sind gerade auf dem Gebiet der Kachelöfen die kunstgewerblichen Sammlungen vieler Städte mit trefflichen und anregenden Vorbildern ausgestattet.

Es ist eine bemerkenswerte Erfahrung: Der Kaufswinkel verdrängt die besten Konstruktionen, die nachdrängende Nachfrage, in Erkenntnis der Unmöglichkeit, jetzt nicht hin zu den schönsten Konstruktionen zurück, sondern vergräbt das Gute auf Jahrzehnte, heißt an den Kaufswinkelarbeiten allerlei kleinen Verbesserungen Jahr und Tag herum, es endlich ein gründlich Studierender mit vielen mühsamen und schriftlichen Bemühungen den Nachweis führt, daß die bewährten Baumittel vergeblich und vergeblich wurden. Auf diese Weise sind zum Beispiel die Radfahrbauten der Neuzeit wieder nichts als die ausgegrabene echte deutsche nordische Baukunst des Mittelalters. In einer ähnlichen Lage sind wir beim Kachelofen; er ist ein dringendes Bedürfnis der Wärmeurteil gerade heute, durch die Kachelnot, die uns noch auf Jahre verfolgen wird. Es ist eine schmerzliche und wichtige Aufgabe der Gegenwart, einen wirklich brauchbaren Kachelofen mit allen Erfahrungen der Heiztechnik und nach den besten Vorbildern der Kacheltechnik zu konstruieren. Für alle unsere Siedlungsanlagen wird die Wohnfläche als selbstverständlich angesehen. Nur die Kachelnot verdrängt heute diesen Nachteil; in ruhigen Zeiten sozialisierender Entwicklung ist die Wohnfläche keinesfalls beizugehalten. Sie ist weiter nichts als ein der vielen Wahrzeichen für die Wohnungsnot, in der der Arbeiter jetzt Jahreshundert gelebt hat. Daraus folgt doch nicht, daß nun gerade mit der mächtigen Aufpreisentwicklung der menschenwürdigen Lebenswirklichkeit, aus dieser Not eine Zukunft zu machen sei. Heute allerdings muß auch der Küchenherd der Wohnfläche zu einem Wärmeversender zweckmäßiger Art ausgebaut und das Brennmaterial ernstlich mit Sachverständigen ausgenutzt werden. Es gibt bereits eine ganze Anzahl warmepender Herde, die eine große Wärmeleistung wirklich durchsetzen, dem Wasser abströhen, Warmwasser liefern, vorzügliches Bad- und Abwassertechnik bieten und sowohl für Gas wie für den Verbrauch harten Brennmaterials geeignet sind. Die abgibtende Gewohnheit, unheizbare Schlafkammern zu bauen, ist um so mehr zu bekämpfen, als sich oft die Kammern gleichzeitig mit den Wohnräumen durch einen Ofen gleichzeitig mit. Es ist wahr, die Wohnungsnot drängt jetzt Hals über Kopf dazu, Wohnungen um jeden Preis fertigzustellen; aber selbst diese Güte erlaubt an vielen Stellen auch die Güte und Zweckmäßigkeit der Arbeit nicht ganz außer acht zu lassen, wenn der Will: da ist.

Der Kachelofen hat so viel Vorzüge, wenn er einigermaßen sorgfältig geheizt wird, daß wir ihn gerade für die gesundheitliche Förderung der Arbeiterwohnungen und Siedlungen unter feinen Umständen entbehren wollen. Man erinnere sich nur der kleinen Nebenverteile, der Wärmeherd und der vortrefflichen Lüftungseigenheit, die der Kachelofen bietet, besonders in Krankheitsfällen, wo man dauernd gute Luft im Zimmer haben will, ohne lästige Zugluft zu erzeugen. Da braucht man nur die Dentur aufzumachen und erzeugt sofort Luftbewegung. Rauchzimmer und stark besetzte Gesellschaftsräume sind mit der Lüftung durch den Kachelofen schnell wieder aufzufrischen, Speisen und Getränke sind warm zu halten. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, die mannigfaltigen häuslichen Vorteile des Kachelofen zum unentbehrlichen Begleiter des Kleingehäuses, wie auch der kleinen Zimmer in großen Wohnungen. Und selbst die Aufgabe von Zentralheizungen wird angeht unseres Heizmaterialmanagements dazu führen, im unter allen Umständen als Notbehelf stets mit anzulegen. Am Rhein ist es üblich, den eisernen Ofen als Möbelstück mitzuführen. Nach den Denkmälerkonstruktionen der Firma S. Reinide & Widau ist man imstande, auch den Kachelofen als Möbelstück in bequemer Weise mitzuführen und selbst aufzustellen. Die Leuten dieser Firmen haben auch noch den Vorzug, daß die Einfachheit ihrer Aufstellung die Arbeitsarbeit ausschließt und dadurch zuverlässige Ausführung liefert.

Arbeitsmarkt.

In Griesfeld und Umgebung finden Maurer Arbeit. Meldungen im Vereinsbureau, Drei-Königen-Straße 86.

Berichte.

Chemnitz. Im ersten Vierteljahr 1920 war die Bauwirtschaft im Januar und Februar durch die Witterung gehemmt, im März wurde sie besser, so daß alle Maurer Arbeit fanden. Auch im Tiefbaugewerbe hatten wir keine nennenswerte Arbeitslosigkeit. Am 16. Januar und 13. Februar wurde die Stundensilber unserer Kollegen um je 80 A erhöht. In Arbeitsbeschaffung waren es bei der Firma Witzel Nachfolger und bei der Bauingenieurgesellschaft Schmidt. Bei Witzel wurde erreicht, daß die dort beschäftigten Kollegen vom 13. Februar an den Zeitlohn Lohn erhalten. Bei der Bauingenieurgesellschaft wurden unsere vier Baudelegierten gemeldet, weil die Arbeiter durch passives Verhalten erreichen wollten, daß ein höherer als der Zeitlohn gezahlt werde, wie bei der Baudelegierten und Bauingenieurgesellschaft. Der Beschäftigungsausschuß entschied, daß die Gemeldeten wieder einzustellen seien, der höhere Lohn war nicht zu erreichen. Am 1. März trat die Zahlstelle Hartmannsdorf vom Verein Burgblät mit 80 Mitgliedern und am 1. April der ganze Verein Burgblät mit 600 Mitgliedern in unsern Verein ein. Seit dem 1. April ein selbständiger Bezirksverein gebildet, an den wir die Zahlstellen Schichten, Delitzsch, Stollberg und Leutersdorf mit 280 Mitgliedern abtraten. Mit unsern Baudelegierten können wir zufrieden sein. Das Eintrittsgeld wurde vom 1. Februar an erhöht auf 6 A für den ersten, 80 A für den zweiten und je 10 A für die weiteren nachfolgenden Eintritt. Vom 1. März an wird für die Lokalfeste ein Beitrag von 50 A die Woche erhoben. Das Lokaltagegeld wurde von 12 auf 16 A erhöht. In den Betriebsratswahlen haben wir uns nicht beteiligt, da wir bei der Vertragsgewerkschaft erstehen, unsere Baudelegierten als Betriebsräte zur Annahme und Vorstandsmitgliedern. Die Gewerkschaft haben wir 26 Mitglieder der kommunikativen Partei entlassen. Nichtüberworfene über den Wohnungsbau und gebauete Wohnen in Chemnitz, Wilmach, Hölbe und Halbesleben. Zur Ausbildung der Baudelegierten haben wir einen Bauhilfskursus veranstaltet, 14, zu anderen Baudelegierten übergeben sind 467, deren Schulden getilgt wurden 106 Mitglieder, so daß am 31. März 687 Mitglieder vorhanden waren. Von der riesigen Arbeit, die der Vorstand zu erledigen hatte, konnte in vorliegender Nummer nur einiges mitgeteilt werden. Die Vereinsleitung glaubt aber, ihr möglichstes für die Kollegen getan zu haben.

Cottbus. Der hiesigen Kollegen ist nach wochenlangem, ergebnislos verhandelt endlich der Beschluß gefaßt. Die Unternehmer stellten sich auf den Gerechtigkeitspunkt. Sie wollen bei den zentralen Verhandlungen vereinbarten Lohn-erhöhungen nicht anerkennen. Am 20. April veranlaßte ich unsere Kollegen, um zu beraten, was bei dieser Sachlage zu tun sei. Solange wir nicht einen Beschluß über den Verlauf der Verhandlungen mit der Bauarbeiter für gelehrte Arbeiter 5,75 A und für ungelernete Arbeiter 5,50 A Stundenlohn. Der Vorsitzende der hiesigen Unternehmerorganisation erklärte zunächst, wenn wir den Beweis erbrächten, daß der zentral vereinbarte Zuschlag in Cottbus bezahlt werde, würde dies auch in Cottbus geschahen, dafür sehe er keine Herr Lust sich mit dem Ehrenwort ein. Auf Vorschlag des Unparteiischen, Herrn Stadtbauamtmann v. u. m. n., wurde in Cottbus telegraphisch angefragt. Als die Frage jedoch bejaht wurde, erklärte Herr Friedhofen, der Vorsitzende der Unternehmer, daß ihr das Telegramm nicht maßgebend sei, er wolle nicht mehr sich schuldig machen, und sich zu übergeben. Nach seiner Ansicht verlor er die Verhandlungen fortzusetzen, was aber leider nicht gelang. In der Bauarbeiterkammer hier darum die Erregung über diese Verögerungslage bedauerlich, daß viele Kollegen schon am 19. April die Arbeit einstellen wollten. Das wurde mit vieler Mühe von der Vereinsleitung verhindert, in der Hoffnung, daß die Unternehmer uns in ihrem Entgegenkommen würden. Leider haben wir uns getäuscht. In der Versammlung zeigte sich die volle Einigkeit der Kollegen aller Organisationsrichtungen und aller Berufs. Die Abstimmung über den Streik ergab 577 Stimmen dafür, 8 dagegen und einen weißen Zettel. Der Beschluß, die Arbeit einzustellen ist nicht einstimmig. Unsere Forderungen sind inzwischen gemindert von den Baugehilfen Johann Schmidt in Wittenberg, Josef West in Wittenberg, Heinrich Wolf in Wittenberg, Oskar Chamotte in Wittenberg, in Gohlitz und Wippach. Diese Firmen beabsichtigen zusammen einige hundert Kollegen.

Sachsenberg. Am 18. April tagte die Generalversammlung des Bezirksvereins. 111 er versetzte über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Der Tarifvertrag wurde bis zum 28. März verlängert. Der Zuschlag von 1,25 A ist auch für alle Zahlstellen, außer Wobbel, festgelegt worden. Die Unternehmer in Wobbel wollten nur 1 A die Stunde gewähren. Ein Schlichtungsgesuch mußte diesen Streit beilegen. Mit den Unternehmern des Tiefbaugewerbes werden ähnliche Verhandlungen stattfinden müssen, weil in Berlin bei Beginn der Verhandlungen keine bindende Erklärung abgegeben wurde. Der Lohn der Schornsteinfeger konnte vom 1. Januar an auf 150 A pro Woche erhöht werden und soll vom 1. April an 200 A. Diese Entlohnung wurde einstimmig angenommen. Die außerordentliche Vertreterversammlung vom 18. April beschloß den Vorstand, in Verbindung mit dem Vereinsausschuß alle Mittel anzuwenden, die die Unternehmer des Tiefbaugewerbes zu zuzugewinnen, die Vereinbarungen von Hannover anzuerkennen. Falls durch gültige Mittel im Laufe der Woche nichts erreicht wird, sollen ähnliche Mittel zur Anwendung gebracht werden. Der Vorsitzende wies dann auf die vor dem Verbandstage noch zu bewältigende Arbeit hin. Eine Fülle von Mandatensanträgen zum Statut ist aus dem Bezirksverein eingegangen.

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6 mikrofilm service münster g. g. utt KG essent + köln

Wichtig ist besonders die Stellung des Verbandstages zum Tarifvertrag und die Gründung des Baugewerksbundes als Einheitsorganisation für das Baugewerbe. Die Werkstätten in den einzelnen Organisationen müssen befestigt werden, wenn eine geschlossene Front hergestellt werden soll. Der Gedankentausch entsprechend wird eine Beitragserhöhung beschlossen werden müssen. In gleicher Weise die Erhöhung sämtlicher Unterhaltungsgebühren. Von den Anträgen zum Statut wurde der Antrag Hammerbrook, Damm, Horn und Bergfeld, die bisherige sechsjährige Katenzeit bei Unterhaltungsgebühren von 6 auf 3 Tage herabzusetzen, abgelehnt. Ein Antrag des Bezirks Neuhof-St. Pauli, der verlangt: „nach vollendetem 65. Jahre tritt die Invalidenunterstützung an“, wird abgelehnt. Ein Antrag auf Abkündigung: „Die Ortskassen-einstellung ist nicht einzufließen“, wiederum wird die Abkündigung nach der Höhe und der Zahl der Beiträge festgelegt werden“, wird angenommen. Der Antrag vom Bezirk Hamm, Horn, Bergfeld: „die Entschädigung sämtlicher Angehörten richtet sich nach der der bestbezahlten Fogarbeiter“, wird angenommen. Desgleichen der Antrag der Section der Schornsteinfeger: „den Anschlag des Bauarbeiterverbandes der Schornsteinfeger an den Deutschen Bauarbeiterverband in die Wege zu leiten“. Scharfe Kritik wurde an dem Verhalten der rund 65 Kollegen, die von der Firma Hoff & Theil nach der Deutschen Werk zum Wägen von Holz usw. vertrieben wurden, geübt. Es wurde da sogar Samstagarbeit gefordert, für die keine Notwendigkeit vorlag. Die Versammlung beschloß, den Kollegen eine Rüge zu erteilen und die Namen der Betroffenen zu veröffentlichen.

— (Gruppe der Ziebauer, Abruders und Bauhilfsarbeiter). In der Versammlung am 7. April wurden als Gruppenleitung die Kollegen Farscht, Dasthe und Tschö geschloß. Dann gab Tschö den Beschluß, daß jeder in Arbeit Treuende einen Schein von Arbeitsnachweis vorzeigen müsse.

Neuigkeiten. Der Bezirksverein hatte am 18. April seine Quartalsversammlung. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht ist zu entnehmen, daß wir aus den Lohnbewegungen überhaupt nicht mehr herauskommen. Mit den Unternehmern müssen dauernde Verhandlungen geführt werden. An den Verhandlungen, die am gestrigen Tage getroffen werden, hatten sich die Unternehmer erst dann, wenn wir zur Arbeitsbeschaffung übergegangen. Mit allen möglichen Gründen wird versucht, die Löhne herunterzubekommen. In Abzügen ist auf diesen Anlaß von den Unternehmern geltend gemacht worden, daß die Studenten und die Studenten in der Armee nicht zu den Einkommern zu zählen sind. Auf diese Art versucht man, Einkommen unter die Städte mit 20 000 Einwohnern zu bringen. Streiks hatten wir in diesem Quartal 3 zu verzeichnen, die mit vollem Erfolg für uns beendet wurden. In verschiedenen Fällen wurde der Schlichtungsanspruch angestrebt, wobei wir ebenfalls den Erfolg auf unserer Seite hatten. Die Aktion wurde sehr lobhaft betrachtet. Auf Bahnen war der Streik ebenfalls sehr erfolgreich. Der Versammlungsbericht ist im ganzen Verein gut. Die Einnahmen der Hauptkassen betragen 15 730,20 M. 1920 M. wurden für Streikunterstützung, 1680 M. für Arbeitslosenunterstützung, 485 M. für Krankenunterstützung und 164 M. für Sterbunterstützungen aufgegeben. Die Einnahmen der Ortskassen betragen 15 480,25 M. einschließlich des Kassenbestandes vom letzten Quartal. Die Ausgaben betragen 6948,56 M., so daß ein Kassenbestand von 8531,69 M. blieb. Die Mitgliederzahl beträgt 1823. Diese verteilt sich wie folgt: Maurer 612, Zieglergruppe 426, Gipser 139, Hilfsarbeiter 756, Erdbauer 399. Berufsausschüsse. Die Einnahmen der Berufsausschüsse sind durch unsere Kollegen mehr gefördert worden. Alle Unfälle sind unter allen Umständen dem Verbandsbureau zu melden. Die Arbeitslosigkeit ist in unserm Vereinsgebiet sehr groß, jedoch sind unsere Kollegen fast durchweg in anderen Berufen und bei Hoffmannsarbeiten untergebracht. Zwängen wird in der nächsten Zeit eine bessere Baulage sein. Vom Ablauf des Vertrages berichtete Kollege Ruff über die Verhandlungen in Stuttgart. Er sprach den Wunsch aus, daß es gelingen möge, auch bei dem neuen Wilschlag die Wünsche der Kollegen zu erfüllen. Bezirksleiter Werner sprach über den kommenden Verbandstag, insbesondere über die Beitrags- und Unterhaltungsfrage. Der Geschäftsbericht betrug in Abzügen von 25 A auf 40 A für das Quartal erhöht. Das Eintrittsgeld wird von 2 M. auf 3 M. erhöht. In die Berichte über eine lebhafte sachliche Aussprache. Nach einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden konnte die Versammlung mit dem Wunsch geschlossen werden, daß auch für die Zukunft die Einigkeit der Bauarbeiter bestehen bleibt.

Unsere Arbeitsvermittlung im Februar.

Dem Statistischen Reichsamt sind 15 Nachweise und die Zentralstelle angegeschlossen. Gofsa und Schönig haben nicht berichtet. Örtlich hat sich dem Statistischen Reichsamt angegeschlossen. Ueberblick über die Vermittlungstätigkeit.

Im Monat Februar	Maurer	Ziebauer	Hilfsarbeiter	Gipser	Erdbauer	sonstige	Gesamt	
wurden angefordert	292	201	46	44	6	7	8	625
vermittelt	222	179	42	44	4	8	91	598

Von den 625 angeforderten Arbeitskräften sind 598 vermittelt worden; das sind 95,68 auf je 100 Angeforderte. Die Vermittlung betraf sich auf die folgenden Branchen wie folgt: Es wurden vermittelt auf je 100 angeforderte Maurer 100, Ziebauer 89,05, Betonarbeiter 91,30, Stuckateure und Putzer 100, Hilfsarbeiter 66,66, Ziegler und Steinholz 91,42, Erdbauer 100, sonstige Arbeiter 100.

Bier oder Brot?

Im Münchner Verein der alkoholgeschwächten Klerge ist Direktor Krilich nach, daß der Bierbrauer bei der Verarbeitung der Gerste zu Bier einen etwa vierundzwanzigfachen höheren Preis zahlen muß als beim direkten Kauf vom Landwirt. Es ist bemerklich, daß man dennoch so viel Gerste zu Bier verwendet, während Amerika, das nicht untern Lebensmittelmangel kennt, die Alkoholergänzung schon während des Krieges gänzlich verboten hat, um das Getreide für nützliche Zwecke zu verwerten. Bei der Bedeutung, die die Bekämpfung des Alkohols für die Arbeiterbewegung hat, wäre eine Verarbeitung der Gerste zu Brot statt zu Bier doppelt zu begrüßen.

Arbeiter als Richter.

Je mehr die Arbeiterklasse an politischen Leben teilnimmt und an den gesetzlichen Körperschaften beteiligt ist, um so mehr wird sie ihr Augenmerk auf die Einrichtungen richten müssen, in denen Volk Richter zum Nutzen der Allgemeinheit wirken sollen. Hierbei ist nicht in erster Linie an jene Juristen und Parlamentarier gedacht, die in der Gesetzgebung ihre Aufgabe haben, sondern an die Arbeiter, die durch das Vertrauen ihrer Organisation oder ihrer Betriebskollegen als Betriebsratmann, Betriebsrat, Baudelegierter usw. bestellt sind. Sie sind damit zum Richter über Kollegen ernannt. Ihre erstes Gebot muß sein, diesen gegenüber objektiv, leidenschaftslos und ohne Voreingenommenheit zu handeln. Zu einer Verletzung dieses Gebots führt aber in gegenwärtiger Zeit schon recht oft der politische Mißtrauen. Schlimm ist es, wenn die Voreingenommenheit schon aus dem Munde

Am 1. Mai ist der 18. Beitrag fällig.

teil spricht und beim Beklagten Mißtrauen Platz greift. Beinahe es dem Richter nicht, dieses Mißtrauen zu bezeugen, so entsetzt auf der anderen Seite der Einbruch einer Launenkurve. In diesem Wort liegt eine Fülle von Hoff und Verdacht. Nur frage ich: Hat die Arbeiterklasse nicht von jeher unter der Klassenjustiz gelitten? Sollte sie sich deshalb nicht jenen, in ihrer eigenen Mitte diesem Gericht Platzung zu geben? Der Schaden kann umgekehrt werden.

Wie leicht einzelne Gemüter zu solchen Auffassungen neigen, will ich an einem Beispiel zeigen. Ich wurde angefaßt, als Baudelegierter einen Kollegen genauegetzt zu haben, obwohl er zu mehrere Entlassungen geführt. Seine Anklage wurde einmündig widerlegt. Wer aus dieser Angelegenheit ist eine Störung der Kollegialität entstanden. So nebenbei auch demartige Vorkommnisse bezeugt, wie muß erst ein Urteil wirken, wenn der zum Richter bestellte Arbeiter nun auch noch sachfällig handelt. Daraus muß bei jedem Urteil gewissenhaft geprüft werden, bevorbest, sonst ist leicht ein geschworen, und es entsteht hier Mißtrauen. Bei dem denken und ethischen Menschen spricht das Wort „verurteilt“ zur Genüge, und an ihm legt der nagende Schatten ein, der die Wunde nicht zur Heilung kommen läßt. Mit was für Empfindungen ein zu unrecht Verurteilter, der vorher Vertrauen zum Richter hatte, die Gerichtsstätte verläßt, darüber denken die Benachteiligten; auch nicht immer jene, die zu Richtern berufen wurden.

Soll die Arbeiterjustiz aufünftig Vertrauen zu menschlichen Körperschaften gewinnen, dann müssen alle, die ein Vertrauensamt bekleiden, den Beweis erbringen, daß ihnen menschliches Empfinden zu eigen ist. Dann wird ein gesunder Geist einziehen. Der Ruf nach Einigkeit kann bestkummen, denn sie wird vorhanden sein. Niemand kann mit Erfolg Zwietracht säen, wenn diese keinen Anstoß findet. Ihr Vertrauensmänner! Eure Aufgaben sind schwer. Es ist nicht leicht, jedem gerecht zu werden. Wer ihr nicht Gutes die dazu nötigen Fähigkeiten besaßen wollen. Die gegenseitige Achtung muß in der Arbeiterklasse wieder Einigkeit halten.

Paul Jänisch, Berlin-Schöneberg.

Noflandsarbeiten.

Wieviel Unlust ist mit diesem Wort nicht schon getrieben? „Unternehmer, Kleinrentner, Behörden usw. lassen noflandsarbeiten“ verächtlich. Den Arbeitern ist in den allermeisten Fällen gar nicht bekannt, daß sie bei noflandsarbeiten beschäftigt werden. Sie erfahren erst davon, wenn ihnen bei der Lösung aus noflandsarbeiten statt Tariflöhne gezahlt werden. Verlangt, die Arbeiter dann mit Recht den Tariflohn, dann heißt es: Es sind „noflandsarbeiten“ und ihr, die Arbeiter, seid „noflandsarbeiten“. Da Reich und Staat für noflandsarbeiten bedeutende Zuschüsse leisten, so besteht naturgemäß ein Anreiz, möglichst viel Arbeiten unter dem Namen „noflandsarbeiten“ zu schaffen. Der Zweck, Arbeitslose zu beschäftigen, ist wohl seltener vorzuziehen. Wehe schon die Dummheit, die niedrigen noflandsarbeiten zahlen zu können. Im Zusammenhang mit andern Verträgen kennt man keine noflandsarbeiten! Ist wohl kaum eine Strafe, eine Classe, ein Weg oder eine sonstige Erarbeit. Eine diese Zuschüsse ausgeführt werden, so daß schließlich alle diese Arbeiten als noflandsarbeiten anzupreisen werden. Requiriert durch die Behörden des vorigen Jahres, hat denn auch in vielen Orten bei all diesen Arbeiten bis zum Herbst hinein durchweg sogenannte noflandsarbeiten gezahlt worden. Gegen diese Unlust, daß der Tariflohn in Ziebaugewerbe fast nirgends mehr gezahlt wurde, hat sich die Arbeiterjustiz

letzten Endes kräftig zur Wehr gesetzt und den Tarifbestimmungen wieder Geltung verschafft. Zeitdem bezieht auch wieder ein einigermaßen beträchtliches Verhältniß zwischen Arbeitern einerseits und Behörden und Unternehmern andererseits.

Die Aufstellungsbestimmungen zum § 15 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge werden zu neuen Kämpfen Anlaß geben, da die Behörden und Unternehmer vielfach versuchen werden, möglichst bei allen Ziebauarbeiten diese Bestimmungen und dazu noch nach ihrer Auslegung zur Anwendung zu bringen, um so die Tariflöhne wieder außer Kraft zu setzen. § 15 der Verordnung will zur Unterstüzung von Maßnahmen, die geeignet sind, den Abau der Erwerbslosenfürsorge zu fördern, insbesondere zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, Darlehen oder Zuschüsse geben. Bedingung ist unter anderem, daß in erster Linie Arbeitslose beschäftigt werden oder Arbeiter, die im Falle des Bestehens solcher Arbeitsgelegenheit ungewissehaft der Arbeitslosenfürsorge anheimfallen würden. Hier wird schon der Streit beginnen. Es arbeiten zum Beispiel an 8 Straßenneubauten eines Kreises, für die sämtlich die Zuschüsse bewilligt worden sind, 400 Ziebauerarbeiter zu beschäftigen, so nur jemand der Tarifbestimmungen Anlaß treiben will, sagen können, daß alle Arbeiter ungewissehaft der Erwerbslosenfürsorge anheimfallen würden, wenn die Straßen nicht in Arbeit wären. Also können alle Arbeiter als noflandsarbeiter angesehen werden, was wiederum gegen die Bestimmungen verstoßen würde. Bekanntlich gibt es Behörden und andere Körperchaften genug, die glattweg behaupten, daß alle Arbeiter, die bei Zuschüssen arbeiten beschäftigt werden, „noflandsarbeiter“ seien und demnach auch nur noflandsarbeiten beanspruchen können. Nach § 11 Differ 6 muß bei öffentlichen Arbeiten, die mit Zuschüssen untermützt werden, die Entlohnung nach § 6 bemessen sein, daß der Anteil zur Aufnahme anderer Arbeit nicht befreit wird usw. Wohlverstanden, es handelt sich hier um wirkliche Arbeitslose, die von Arbeitsnachweis überwiegen worden sind. Viele Behörden und Unternehmer versuchen aber, auf Grund dessen allgemein für alle Arbeiter die Löhne herabzusetzen beziehungsweise die noflandsarbeiten zu zahlen. Der Arbeitsnachweis muß die Arbeitslosen wieder abberufen, sofern er ihnen Beschäftigung nachweisen kann. Wenn das allgemein nach einigen Wochen möglich wäre, brauchte man sich über die Bestimmung nicht viel Sorgen zu machen. Maß aber zum Beispiel ein feststehender Grund für eine bestimmte Zahl von Arbeitern beschäftigt werden und müssen demnach wegen Mangels an Arbeitslosen auch Tarifarbeiter eingestellt werden, was ja auch zulässig ist, so muß letzteren natürlich der Tariflohn gewahrt werden. Es arbeiten dann gleicher Arbeit unter Umständen sogar gleiche Beschäftigte zu recht verschiedenen Löhnen nebeneinander. Ob sich das vertägt? Daß die Gruppen oft monatelang so arbeiten müßten, wäre der Fall, wenn der Arbeitsnachweis aus Mangel an offenen Stellen die Arbeitslosen nicht abberufen könnte. Das dürfte auch vorzuziehen. In solchen Fällen hat der „arbeitende Arbeitslose“ bei gleicher Arbeit ein weit niedrigeres Einkommen als der Tarifarbeiter. Es sind doch Fälle bekannt, wo die Behörden den Lohnsatz schon auf 40 % des Tariflohnes herabgesetzt hat. Werden aber doch die Arbeitslosen abberufen, so hat man nur Tarifarbeiter auf der Arbeitsstelle. Das soll aber nicht sein. Bestimmte Behörden und Unternehmer werden sich auch da zu helfen wissen. Es wird den Tarifarbeitern bei Gelegenheit gesagt, daß sie entlassen werden müßten, und gleichzeitig, daß sie als noflandsarbeiter weiterbeschäftigt werden könnten, wenn die Erwerbslosenfürsorge anheimfallen. In Wirklichkeit ist dann nur die Löhne herabgesetzt, was ja der Hauptzweck ist, und die Zahl der Arbeitslosen ist vermehrt worden, allerdings nur auf dem Papier. So wird's gemacht. Sobald niedrige Löhne gezahlt werden können, sind die Entlohnungsgründe überkommen. Es können ähnliche Zustände überkommen werden. So solche Zustände, die kommen werden, wenn mit den Bestimmungen nach dieser Richtung hin Anlauf getrieben wird, lange bestehen bleiben, ist nach früheren Bestimmungen sehr fraglich; gmal, wenn der Anschlag erweist wird, daß die Arbeiter noch obenbein skandalisiert und protostiert werden.

Gipser und Stuckateure.

Derzeit. Wir uns hatte die Arbeitsmethode im Laufe der Zeit in Form angenommen, daß Stuckateure, Gipser und Spanner häufig an einer Arbeit zu gleicher Zeit beschäftigt waren und trotzdem ungleiche Löhne und Arbeitsbedingungen hatten. Aus diesem Grunde war der Zusammenschluß und das gemeinsame Vorgehen nötig. Wir bildeten im Januar dieses Jahres einen Verein der Gipser und Stuckateure. Diese hatten die Aufgabe einheitliche Arbeitsbedingungen zu schaffen. Dazu ist die jetzige Zeit sehr günstig, da die Tarifverträge beider Gruppen ablaufen und Arbeitsgelegenheit genügend vorhanden ist. Wir stellen einen neuen Vertragsentwurf auf, der dem Verband der Baugewerkschaften und der Stuckateurevereinigung genehmigt wurde. Wir haben den Unternehmern keinen Zweifel darüber, daß wir unter allen Umständen einen gemeinsamen Vertrag wollen. Die Unternehmer versuchten, unter Vorbehalt zu durchzuziehen durch Verschleppung der Verhandlungen, durch das Aufrollen von Zuständigkeitsfragen usw. Eine Schwierigkeit bestand auch darin, daß es auch nicht in allen Einzelheiten aufzubekommen ist. Aber die wichtigsten Punkte des neuen Vertrages wurde jedoch ein Einverständnis mit den Unternehmern erzielt, so daß am 19. April die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. Aus den Vereinbarungen wollen wir folgenden mitteilen: Das Stundenlohn beträgt 7 Mark und Stuckateure, Gipser, Spanner und Putzer 6,75 M., für Hilfsarbeiter 5,75 M. Für Gipserbildung, Wobkneue und Putzer gibt der erste genannte Lohnsatz als Mindestlohn. Die Arbeitswoche beträgt

